

Łukasz Jasiński

ORCID: 0000-0002-9641-2813

DOI: 10.24425/historie.2021.140446

# Die Wege zum Runden Tisch in Polen und der DDR 1989

**Keywords:** Round Table, Polish People's Republic, German Democratic Republic, dissidents, Solidarity, the "Fall of Nations" 1989

## Einleitung

Die Bezeichnung „Runder Tisch“ wurde laut Mieczysław Rakowski am 13. Juni 1988 von General Wojciech Jaruzelski in einer Rede auf dem VII. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, PZPR) verwendet. Am Runden Tisch sollten neben der PZPR Vertreter eines „breiten Spektrums bestehender und arrangierter Vereinigungen“ teilnehmen können.<sup>1</sup> Wahrscheinlich wurde die Bezeichnung erstmalig im größeren Kreis führender Parteifunktionäre benutzt. In der medialen Öffentlichkeit der Volksrepublik Polen (VRP) hörte man vom Runden Tisch zum ersten Mal am 26. August 1988 während einer Fernsehansprache Innenminister Czesław Kiszczaks, der ein Ende der zu jener Zeit stattfindenden Streiks forderte und im Gegenzug Gespräche anbot. Zum ersten Mal nach der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 luden die Vertreter des Regimes die Opposition zu Verhandlungen ein.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Mieczysław F. Rakowski, *Dzienniki polityczne 1987-1990* [Politische Tagebücher 1987-1990], Warszawa 2005, S. 197. Es sei jedoch daran erinnert, dass General Jaruzelski in derselben Rede eine Legalisierung der „Solidarność“ ausschloss und die Gewerkschafter dazu aufforderte, sich innerhalb des offiziellen Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbandes (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ) zu engagieren. Sein Gesprächsangebot richtete er nur an katholische Kreise. Es ist klar, dass ein solches Angebot weder für die Aktivisten noch für die Führung der „Solidarność“ attraktiv war. Siehe Andrzej Friszke, *Okrągły Stół. Geneza i przebieg* [Der Runde Tisch. Entstehung und Verlauf], in: Paweł Machcewicz (Hg.), *Polska 1986-1989: koniec systemu* [Polen 1986-1989. Das Ende des Systems], Bd. 1, Warszawa 2002, S. 81.

<sup>2</sup> Jan Skórzyński, *Okrągły Stół. Wynegocjowany koniec PRL* [Der Runde Tisch. Das verhandelte Ende der VR Polen], Kraków 2019, S. 122.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, das Zustandekommen der Gespräche am Runden Tisch während des „Herbstes der Völker“ 1989 in der VRP und in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu skizzieren. Ich möchte damit vor allem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklungen aufzeigen, die 1989 zu den Verhandlungen zwischen den Machthabern und den Oppositionellen am Runden Tisch in Polen und dem Zentralen Runden Tisch in der DDR führten. In beiden Ländern waren die Verhandlungen zwischen den Machthabern und der Opposition bekanntlich ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung. Bei allen Unterschieden ermöglichten die Runden Tische in Warschau und Ost-Berlin halbfreie Parlamentswahlen in Polen und freie Wahlen in der DDR. Schließlich führten trotz der Unterschiede beide Wahlen zur Entmachtung der kommunistischen Parteien.<sup>3</sup>

Die Literatur zu den Runden Tischen in Polen und der DDR ist sehr umfangreich. Daher ist es unmöglich, sich im Folgenden auf alle polnisch-, deutsch- und englischsprachigen Beiträge zu beziehen. In den polnischsprachigen Arbeiten über die Entstehung, den Verlauf und die Folgen der Gespräche am Runden Tisch finden sich in der Regel akribische Beschreibungen der Ereignisse. Besonders erwähnenswert sind die Veröffentlichungen von Jan Skórzyński und Krystyna Trembicka, in denen die einzelnen Etappen der Vorbereitung zu den Gesprächen, deren Verlauf sowie die Bedeutung des zwischen Machthabern und Opposition geschlossenen Kompromisses beschrieben werden.<sup>4</sup> Eine chronikalische Aufzeichnung der Ereignisse im Vorfeld der Verhandlungen hat Peter

---

<sup>3</sup> Die erwähnten Unterschiede beziehen sich auf die unterschiedlichen Formate der Gespräche am Runden Tisch. In Polen wurden die wichtigsten Entscheidungen zwischen der Regierungsseite, bestehend aus der PZPR sowie den verbündeten Blockparteien, und der Opposition, bestehend hauptsächlich aus den Vertretern der „Solidarność“ und der sie unterstützenden Intellektuellen sowie dem offiziellen Gewerkschaftsverband OPZZ, der seine Unabhängigkeit zu betonen versuchte, getroffen. In der DDR war die Zusammensetzung der Gesprächspartner am Runden Tisch vielfältiger. Aufseiten der Opposition saßen Vertreterinnen und Vertreter von bis zu zehn Parteien und Initiativen. Die Regierungsseite bestand aus Vertretern der SED, verbündeter Blockparteien sowie den offiziellen Gewerkschaften. Eine Besonderheit des Zentralen Runden Tisches in der DDR bestand darin, dass Kirchenvertreter die Moderation der Gespräche übernahmen.

<sup>4</sup> Jan Skórzyński, *Rewolucja Okrągłego Stołu* [Die Revolution des Runden Tisches], Kraków 2009; ders., *Okrągły Stół*; Krystyna Trembicka, *Okrągły stół w Polsce. Studium o porozumieniu politycznym* [Der Runde Tisch in Polen. Eine Studie über die politische Verständigung], Lublin 2003.

Raina vorgelegt.<sup>5</sup> Die genannten Autorinnen und Autoren konzentrieren sich einerseits auf die Entscheidungsprozesse bis zur Aufnahme der Gespräche sowie andererseits auf die Diskussionen innerhalb der PZPR und der „Solidarność“. Paulina Codogni richtet ihre Aufmerksamkeit auf die sozialen Proteste im Vorfeld des Runden Tisches in Polen. Auf beiden Seiten spielten insbesondere die Streiks von 1988 eine bedeutende Rolle. Die Autorin weist zudem auf den dramatischen Verlauf dieser Streiks und das Ausmaß der Repressionen hin, die das Regime gegenüber den Demonstrierenden anwandte.<sup>6</sup>

Eine andere Perspektive wählen Antoni Dudek und Paweł Kowal.<sup>7</sup> Sie konzentrieren sich in ihren Arbeiten vor allem auf die Frage, ob die polnischen Machthaber bereits seit Mitte der 1980er Jahre eine begrenzte Liberalisierung unter Ausschluss der „Solidarność“ anstrebten. Die Autoren verweisen auch auf den internationalen Kontext, insbesondere auf die Veränderungen in der UdSSR. Der Schwerpunkt in der Monografie von Paweł Kowal liegt auf der Haltung der engsten Mitarbeiter Jaruzelskis. Kowal zeichnete zudem das Gesellschaftsbild der untergehenden VRP nach. Die Arbeit von Antoni Dudek ist einer Reihe von Faktoren gewidmet, die die Entscheidungen der „Solidarność“-Opposition um Lech Wałęsa und dessen Berater beeinflussten.

Die deutsche Fachliteratur, die sich mit dem Zentralen Runden Tisch in der DDR und vergleichbaren Gremien auf niedrigerer Ebene beschäftigt, ist ebenfalls zahlreich. Erwähnenswert sind die Arbeiten von Francesca Weil, Klemens Semtner, André Hahn, Ilko-Sascha Kowalczyk und Uwe Thaysen.<sup>8</sup> Neben diesen Gesamtdarstellungen gibt es auch bedeutende Arbeiten, die einzelnen

<sup>5</sup> Peter Raina, *Droga do „Okrągłego Stołu“*. *Zakulisowe rozmowy przygotowawcze* [Der Weg zum „Runden Tisch“. Die Vorverhandlungen hinter den Kulissen], Warszawa 1998.

<sup>6</sup> Paulina Codogni, *Okrągły Stół czyli polski Rubikon* [Der Runde Tisch oder der polnische Rubikon], Warszawa 2009; dies., *Wybory czerwcowe 1989 roku* [Die Juni-Wahl 1989], Warszawa 2012.

<sup>7</sup> Antoni Dudek, *Reglamentowana rewolucja. Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988-1990* [Die reglementierte Revolution. Der Zerfall der kommunistischen Partei in Polen 1988-1990], Kraków 2004; Paweł Kowal, *Koniec systemu władzy. Polityka ekipy generała Wojciecha Jaruzelskiego w latach 1986-1989* [Das Ende des Herrschaftssystems. Die Politik General Wojciech Jaruzelskis und seiner Leute in den Jahren 1986-1989], Warszawa 2015.

<sup>8</sup> Francesca Weil, *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR*, Göttingen 2011; dies., *Die Runden Tische in der DDR*, Erfurt

Akteuren wie den kirchlichen Moderatoren der Gespräche gewidmet sind.<sup>9</sup> Mit der Frage der Auflösung der Stasi auf Grundlage der Beschlüsse des Zentralen Runden Tisches beschäftigt sich die Monografie von Jens Schöne.<sup>10</sup> Diese Arbeiten entsprechen weitgehend ihren polnischen Pendanten. Sie stellen vor allem den Verlauf der Beratungen selbst dar und weniger deren Zustandekommen. Wie im Fall der erwähnten polnischsprachigen Publikation von Paulina Codogni widmeten sich auch deutschsprachige Autorinnen und Autoren ausführlich der Beschreibung von Streiks und Demonstrationen.<sup>11</sup>

Selbst ein kurzer Überblick über Publikationen, die sich dem politischen Durchbruch des Jahres 1989 in der VRP und der DDR widmen, wäre unvollständig, wenn nicht auf vergleichende Arbeiten hingewiesen würde, die sich einerseits mit der gegenseitigen Verflechtung und Beeinflussung in den Dissidentenkreisen und Staatssicherheitsapparaten der beiden Länder beschäftigen und andererseits die Prozesse des politischen Wandels auf beiden Seiten der Oder vergleichen. An dieser Stelle seien mehrere Monografien und eine Quellenedition von Tytus Jaskułowski erwähnt.<sup>12</sup> Diese Bücher befassen sich jedoch nur mit ausgewählten Aspekten der

---

2014; Klemens Semtner, *Der Runde Tisch in der DDR*, München 1992; André Hahn, *Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Mit einem Vorwort von Gregor Gysi*, Berlin 1998; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009; Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie*, Wiesbaden 1990.

<sup>9</sup> Friedrich Winter (Hg.), *Die Moderatoren der runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90*, Berlin 1999.

<sup>10</sup> Jens Schöne, *Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin*, Berlin 2014.

<sup>11</sup> Siehe Codogni, *Okrągły Stół*, S. 63-123; Erhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR*, Berlin 1998, u. a. S. 783; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel*, passim.

<sup>12</sup> Tytus Jaskułowski, *Przyjaźń, której nie było. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego NRD wobec MWS 1974-1990* [Eine Freundschaft, die es nicht gab. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und das Innenministerium der VR Polen], Warszawa 2014; ders., *NRD w oczach szpiega. Pokojowa rewolucja w Niemczech Wschodnich 1989-1990* [Die DDR aus der Sicht eines Spions. Die friedliche Revolution in Ostdeutschland 1989-1990], Berlin 2015; ders., *Pokojowa rewolucja w Niemieckiej Republice Demokratycznej 1989-1990* [Die friedliche Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik 1989-1990], Wrocław 2007; ders., *Ostatnie miesiące NRD* [Die letzten Monate der DDR], Wrocław 2010; ders., *Pokojowa Rewolucja w NRD w prasie polskiej 1989-1990* [Die friedliche Revolution in der DDR im Spiegel der polnischen Presse der Jahre 1989-1990], Warszawa 2006; ders., *Die politische Wende in Polen im Spiegel der*

Wechselbeziehungen zwischen Polen und der DDR zur Zeit der Runden Tische – insbesondere mit den Aktivitäten der Geheimdienste aus beiden Ländern sowie der medialen Wahrnehmung der Ereignisse von 1989 bis 1990. Die Arbeiten beruhen folglich auf Spionageberichten oder Presserecherchen, teilweise handelt es sich um eine Zusammenstellung früherer Publikationen anderer Autoren zum Umbruch von 1989 in Polen und der DDR.

Die vorliegende Literatur beschäftigt sich nur am Rande mit der Frage, ob der polnische Runde Tisch eventuell für die DDR eine Inspirationsquelle war und wie die Zusammenarbeit der Dissidentenkreise im Vorfeld der Verhandlungen ausgesehen hat. Erwähnung finden solche Zusammenhänge in den Arbeiten von Francesca Weil, auch Erhart Neubert geht auf einige Aspekte ein.<sup>13</sup> Über die Zusammenarbeit der Oppositionellen aus beiden Ländern schreibt auch Piotr Zariczny.<sup>14</sup> Die erwähnten Autorinnen und Autoren konzentrieren sich vor allem auf persönliche Kontakte der Dissidentinnen und Dissidenten aus beiden Ländern und zeigen die polnische Transformation allgemein als Inspirationsquelle für das oppositionelle Milieu in der DDR<sup>15</sup>, sie liefern aber weder eine umfassendere Beschreibung noch eine tiefergehende Analyse.

Auch englischsprachige Autoren widmen sich dem „Herbst der Völker“ des Jahres 1989. Peadraic Kenneys Monografie umfasst die Beschreibung der Ereignisse dieses Jahres in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern.<sup>16</sup> Grzegorz Ekiert wählt für seine inzwischen zu den Klassikern zählende Arbeit einen vergleichenden Ansatz, bei dem er jedoch den Wandel in der DDR der Jahre 1989 und 1990 auslässt.<sup>17</sup> Eine oft zitierte Analyse aus

---

*offiziellen und inoffiziellen Presse der DDR 1989. Eine Quellensammlung*, Berlin/Dresden 2007.

<sup>13</sup> Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 384-389; Weil, *Die Runden Tische*, S. 8 f.

<sup>14</sup> Piotr Zariczny, *Oppositionelle Intellektuelle in der DDR und in der Volksrepublik Polen. Ihre gegenseitige Perzeption und Kontakte*, Toruń 2004. Eine überarbeitete und ergänzte Ausgabe wurde einige Jahre später vom Europäischen Solidarność-Zentrum (Europejskie Centrum Solidarności, ECS) veröffentlicht, vgl. P. Zariczny, *Opozycja w PRL i NRD. Wzajemne relacje i oceny* [Die Opposition in der VRP und der DDR. Gegenseitige Beziehungen und Bewertungen], Gdańsk 2013.

<sup>15</sup> Zariczny, *Opozycja w PRL i NRD*, S. 203-207.

<sup>16</sup> Peadraic Kenney, *A Carnival of Revolution. Central Europe 1989*, Princeton 2002.

<sup>17</sup> Grzegorz Ekiert, *The State Against Society: Political Crises and Their Aftermath in East Central Europe*, Princeton 1996.

dem transdisziplinären Bereich der Geschichts- und Kulturwissenschaften legte Jan Kubik vor, wobei er auf die Gespräche am Runden Tisch nur in begrenztem Umfang einging.<sup>18</sup>

Dem hier vorliegenden Beitrag liegen mehrere Forschungsfragen aus unterschiedlichen Themenfeldern zugrunde. Der folgenden Analyse dient die Frage, ob und welche Verhandlungstraditionen zwischen den Machthabern und der Opposition oder allgemeiner: den unabhängigen Gruppen in Polen und der DDR vor 1989 bestanden. Wo finden sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede? Konnten die Dissidentenkreise im Vorfeld der Runden Tische aufeinander Bezug nehmen?

Der zweite Teil der Analyse ist dem Faktor Zeit gewidmet: Wie lange dauerten die Vorbereitungen für die Runden Tische in den beiden Ländern? Von wem ging die eigentliche Initiative aus: Welche der Parteien war zuerst am Verhandlungsmechanismus interessiert?

Abschließend versuche ich die Frage zu beantworten, welchen Einfluss das polnische Beispiel sowohl auf die Dissidentenkreise als auch den Parteiapparat der DDR im Vorfeld des Zentralen Runden Tisches im Herbst 1989 möglicherweise gehabt hat. Eine besondere Rolle spielt hierbei die Wahrnehmung polnischer Erfahrungen mit dem Runden Tisch sowohl bei den engsten Getreuen Honeckers als auch der Kreise um seinen Nachfolger, Egon Krenz.

Als Quellenkorpus des vorliegenden Beitrags dienen die bereits veröffentlichten Studien, die aus komparativer Perspektive neu analysiert und durch Dokumente des ZK der PZPR und des ZK der SED aus dem Archiv der Neuen Akten in Warschau und dem Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde sowie durch die diplomatischen Berichte aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin ergänzt werden.

Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Text nicht den Anspruch erhebt, die Ursprünge der Runden Tische in Polen und der DDR erschöpfend zu behandeln. Der kurze Beitrag zielt vielmehr darauf ab, interessante Forschungsfelder aufzuzeigen.

<sup>18</sup> Jan Kubik, *The Power of Symbols Against the Symbols of Power: The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland*, University Park 1994.

## Verhandlungserfahrungen in der VRP und der DDR vor 1989: Akteure und Kontexte

Um die Entstehungsgeschichte, die 1989 zu den Verhandlungen zwischen den Machthabern und der Opposition in Polen und der DDR führte, zu vergleichen, bietet es sich an, mit dem historischen Hintergrund der Ereignisse zu beginnen. Zunächst ist die Frage zu klären, ob es in der VRP und der DDR vor der Wende des Jahres 1989 irgendwelche Traditionen oder zumindest Verhandlungsversuche zwischen Obrigkeit und unabhängigen Gruppierungen gegeben hat. Wie verliefen diese Verhandlungen und inwieweit beeinflussten sie die Entwicklungen in Warschau und Ost-Berlin?

Betrachtet man die polnischen Erfahrungen zwischen dem Regime und den unabhängigen Vertreterinnen und Vertretern bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, lohnt es, auf den Dezember 1970 zurückzublicken.<sup>19</sup> Am 15. Dezember 1970 fanden in Gdingen (Gdynia), wahrscheinlich erstmals in der Geschichte der VRP, Gespräche zwischen Vertretern der protestierenden Arbeiterschaft und dem Vorsitzenden des Städtischen Nationalrats (Miejska Rada Narodowa, MRN<sup>20</sup>), Jan Mariański, statt. Sie endeten mit der Unterzeichnung eines Einigungsprotokolls (Protokół Porozumiewawczy), in dem hauptsächlich wirtschaftliche Fragen behandelt wurden.<sup>21</sup> Mariańskis Vorgesetzten in der Warschauer Parteizentrale hatten jedoch nicht die Absicht, diese Vereinbarung in irgendeiner Form zu beachten, und erklärten sie für illegal. Schon am Abend des 15. Dezember wurden jene Unterzeichner des Dokuments, die dem Hauptstreikkomitee der Stadt Gdynia angehörten, brutal zusammengeschlagen und verhaftet.<sup>22</sup>

In Stettin (Szczecin) begannen am 19. Dezember 1970 Verhandlungen zwischen den Woiwodschaftsvertretern und dem Gesamtstäd-

<sup>19</sup> Am 13. Dezember 1970 wurden von der Regierung die Preise für Lebensmittel und andere Waren des täglichen Gebrauchs erhöht. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung entlud sich in Protesten in Danzig, Gdingen, Stettin und Elbing (Elbląg), die von der Staatsmacht blutig niedergeschlagen wurden.

<sup>20</sup> Die Nationalräte (*Rady Narodowe*) in der VRP waren territoriale Machtorgane, denen in der Realität des zentralistischen und autoritären Staates nicht die Funktion einer lokalen Selbstverwaltung zukam, sondern die auf der Ebene der Woiwodschaften und Städte im Prinzip die Befehle der Regierung bzw. der Partei ausführten.

<sup>21</sup> Jerzy Eisler, *Grudzień 1970. Geneza – przebieg – skutki* [Dezember 1970. Entstehung – Verlauf – Folgen], Warszawa 2012, S. 188-192.

<sup>22</sup> Ebd. S. 216-219.

tischen Streikkomitee (Ogólnomiejski Komitet Strajkowy), dem Vertreter der streikenden Betriebe angehörten. Wie Jerzy Eisler treffend bemerkte, waren dies die ersten Verhandlungen dieser Art in der Geschichte der VRP. In Gdingen wurde von einer einzelnen Person (Jan Mariański) und in Stettin von mehreren Woiwodschaftsvertretern der Kontakt zu den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern aufgenommen.<sup>23</sup> Am 20. Dezember wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, der zufolge die Demonstrierenden ihre wirtschaftlichen Forderungen aufgeben sollten – im Gegenzug wurde ihnen der Verzicht auf Repressionen zugesichert.<sup>24</sup>

Das charakteristische Merkmal dieser Gespräche war ihre Spontaneität. Die große Zahl an Demonstrierenden zwang die Behörden zum Dialog. Auch die Forderungen wurden zum Teil erst während der Gespräche formuliert, so etwa in Gdingen, wo die Wahl einer neuen Gewerkschaftsführung erst im letzten Augenblick handschriftlich ergänzt wurde.<sup>25</sup> Dies zeugt von einem Klima der Spontaneität und einem gewissen Chaos. Beide Vereinbarungen schützten jedoch die Arbeiterinnen und Arbeiter Pommerns nicht vor dem darauffolgenden Blutvergießen. Die Proteste wurden von der Staatsmacht brutal niedergeschlagen, und die Verhandlungen selbst blieben nur eine Episode vom Dezember 1970.

Deutlich weitreichender waren die Verhandlungen zwischen der Obrigkeit und den protestierenden Arbeitern und Arbeiterinnen, die im August 1980 in Polen stattfanden. Nie zuvor in der Geschichte der staatssozialistischen Länder hatte es so gut organisierte Proteste in dieser Größenordnung gegeben.<sup>26</sup> Aufgrund der Erfahrungen von 1970 mündeten sie jedoch nicht mehr in Straßendemonstrationen, sondern nahmen verstärkt die Form der betrieblichen Arbeitsniederlegung an. Das Ausmaß der Streiks zwang die Machthaber zu Gesprächen mit den Demonstrierenden, die sich im Überbetrieblichen Streikkomitee in Danzig (Gdańsk) und ähnlichen Gremien in Stettin und Jastrzębie-Zdrój (Königsdorff-Jastrzemb) zusammengeschlossen hatten. In jeder dieser Städte wurden die Verhandlungen durch von der Regierung eingesetzten

<sup>23</sup> Ebd. S. 397.

<sup>24</sup> Ebd. S. 410.

<sup>25</sup> Ebd. S. 190 f.

<sup>26</sup> Andrzej Friszke, *Rewolucja Solidarności 1980-1981* [Die Solidarność-Revolution 1980-1981, Kraków 2014, S. 35.

Kommissionen aufgenommen.<sup>27</sup> Das war ein wesentlicher Unterschied zu den Erfahrungen von Dezember 1970, als nur Gespräche mit Vertretern der lokalen Behörden geführt wurden. Ein weiterer Unterschied war die Rolle der Intellektuellen, die die Proteste unterstützten und unter der Leitung von Bronisław Geremek und Tadeusz Mazowiecki ein Expertenkomitee bildeten.<sup>28</sup> Bemerkenswert ist auch, dass das Überbetriebliche Streikkomitee, anders als bei den Verhandlungen in Gdingen im Dezember 1970, zuvor Listen mit konkreten Forderungen erstellt hatte. Bei den Gesprächen im August 1980 waren die Streikenden somit viel besser vorbereitet, als es im Dezember 1970 der Fall war. Zudem verfügten sie dieses Mal über die Unterstützung von Expertinnen und Experten. Die 21 Forderungen von 1980 verbanden die sozioökonomischen Anliegen der Arbeiterschaft mit nationalen Bestrebungen und Fragen der politischen Freiheit.<sup>29</sup>

Das Danziger Abkommen vom 31. August 1980 ebnete den Weg für die Gründung der „Solidarność“, einer vom Regime unabhängigen Gewerkschaft.<sup>30</sup> Betrachtet man die Verhandlungen vom August 1980 und das damals geschlossene Abkommen als Teil einer polnischen Verhandlungskultur vor 1989, so fällt auf, dass sie sowohl über den Rahmen einer tariflichen Einigung als auch eines politischen Vertrags deutlich hinausgingen. Die Augustabkommen waren *de facto* Gesellschaftsverträge, welche „die Vereinbarung neuer Prinzipien des Zusammenlebens zwischen dem von den Kommunisten geführten Staat und Vertretern der Gesellschaft auf der Grundlage beidseitiger Verpflichtungen“ betonten.<sup>31</sup> Es war auch der einzige Moment, in dem die „Solidarność“-Bewegung vollständig geeint war.<sup>32</sup>

Für beide Seiten war der Kompromiss mit einer gewissen Enttäuschung verbunden. Die Streikenden waren sich der Schwachstellen

<sup>27</sup> Jan Skórzyński, *Krótką historia Solidarności 1980-1989* [Die kurze Geschichte der Solidarność 1980-1989], Gdańsk 2014, S. 32 f. Man muss dabei bedenken, dass das Netz der Überbetrieblichen Streikkomitees umfangreicher war und auch Städte wie Breslau (Wrocław) und Waldenburg (Wałbrzych) umfasste, s. Friszke, *Rewolucja*, S. 50.

<sup>28</sup> Friszke, *Rewolucja*, S. 47.

<sup>29</sup> Alain Touraine, *Solidarność. Analiza ruchu społecznego 1980-1981* [Solidarność. Analyse einer sozialen Bewegung 1980-1981], Gdańsk 2010, S. 80, 99.

<sup>30</sup> Skórzyński, *Krótką historia*, u. a. S. 34.

<sup>31</sup> Ebd., S. 35. Siehe auch: Jerzy Holzer, *Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen*, München 1985, u. a. S. 126.

<sup>32</sup> Kubik, *The Power of Symbols*, S. 269.

des Abkommens bewusst, während für die Regierung der Kompromiss aus Danzig, obwohl er Zugeständnisse enthielt und die Schwäche der Partei offenbarte, auch die Möglichkeit bot, Zeit zu gewinnen.<sup>33</sup> Für die Führung der PZPR hatte es höchste Priorität, die mit der Streikwelle verbundene Phase des „Durcheinanders“ zu überstehen, um danach in die „Gegenoffensive“ gehen zu können.<sup>34</sup> Die 16 Monate Koexistenz der „Solidarność“ mit den alten Machteliten waren einerseits von einem enormen sozialen Enthusiasmus und einem Gefühl der Selbstbestimmung, andererseits von Konflikten mit dem Staatsapparat auf unterschiedlichen Ebenen geprägt. Mithilfe der „Solidarność“ versuchte eine sich selbst organisierende Gesellschaft das politische System durch Druck von unten zu verändern, ohne eine Machtübernahme anzustreben.<sup>35</sup> Die damalige Strategie der „Solidarność“ wurde von Jadwiga Staniszkis mit der inzwischen kanonischen Formulierung als eine „selbstbegrenzte Revolution“ bezeichnet.<sup>36</sup> In den Jahren 1980-81 musste sowohl das Regime als auch die Opposition Schlichtungsverfahren nicht nur auf höchster Ebene, sondern auch zwischen den „Solidarność“-Vertretern in Arbeitsstätten und den jeweiligen Betriebsleitungen ausarbeiten.<sup>37</sup> Infolge der Verhandlungen bildeten sich weitere Organisationen wie die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft der Selbstständigen Landwirte „Solidarność“ (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Rolników Indywidualnych „Solidarność“, NSZZ RI Solidarność) und der Unabhängige Studentenverband (Niezależne Zrzeszenie Studentów, NZS).<sup>38</sup> Zweifellos lernte der politisch engagierte Teil der Gesellschaft in den Jahren 1980-1981, wie man mit dem politischen Gegner verhandeln und Kompromisse schließen kann.

Die am Verhandlungstisch in der Danziger Werft geschlossenen Sozialvereinbarungen wurden nach kurzer Zeit von staatlicher Seite gebrochen. Mit der Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde der Rubikon überschritten. Es folgten eine Repressions-

<sup>33</sup> Hansjakob Kühn, *Das Jahrzehnt der Solidarność*, Berlin 2002, S. 79.

<sup>34</sup> Andrzej Paczkowski, *Droga do „mniejszego zła”. Strategia i taktyka obozu władzy lipiec 1980-styczeń 1982* [Weg des „geringeren Übels“. Strategie und Taktik des Regierungslagers vom Juli 1980 bis Januar 1982], Kraków 2002, S. 66 f.

<sup>35</sup> Timothy Garton Ash, *Polska rewolucja. Solidarność*, Londyn 1987, S. 179.

<sup>36</sup> Siehe ausführlich, Jadwiga Staniszkis, *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton 1984.

<sup>37</sup> David Ost, *Solidarność, a polityka antypolityki* [Solidarność und die Politik der Antipolitik], Gdańsk 2014, S. 126.

<sup>38</sup> Ekiert, *The State Against Society*, S. 240 f.

welle und das Verbot der „Solidarność“.<sup>39</sup> Damit wurde der Weg zu echten Verhandlungen zwischen dem Staat und der Opposition für die kommenden Jahre versperrt.

Bekanntlich gab es in der DDR vor 1989, abgesehen von den Ereignissen des Jahres 1953, keine sozialen Massenproteste. Zu der wohl einzigen Erfahrung mit Verhandlungen zwischen der Staatsmacht und unabhängigen Gruppierungen kam es in der DDR am 6. März 1978. An diesem Tag trafen sich im Ost-Berliner Gebäude des Staatsrates Erich Honecker, der Erste Sekretär des ZKs der SED, und eine Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK).<sup>40</sup> Der Staatschef der DDR hatte das Treffen initiiert. Der kirchlichen Vertretung stand Bischof Albrecht Schönherr vor. Die bereits erwähnte Francesca Weil ordnete diese Gespräche rückblickend als eine Art ostdeutscher Erfahrung auf dem Weg zu den Runden Tischen von 1989-90 ein.<sup>41</sup>

Thema der Gespräche war das Verhältnis zwischen Staat und evangelischer Kirche, die Vorbereitungen für das Treffen liefen bereits seit 1977. Das Regime verfolgte mehrere Ziele: Einerseits wollten Honeckers Leute den Versuch unternehmen, die evangelische Kirche in das gesellschaftspolitische System der DDR zu integrieren. Sie hofften auf das Wohlwollen der evangelischen Kirchenvertretung und deren Akzeptanz des Sozialismus. Auf der anderen Seite zielten die Gespräche darauf ab, die Spaltung zwischen den Bischöfen und den lutherischen Geistlichen auf den unteren Ebenen zu vertiefen. Nicht unbedeutend war in diesem Zusammenhang auch die Teilnahme der DDR an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Erich Honeckers Regierung gehörte nämlich zu den Unterzeichnern der KSZE-Schlussakte, die u. a. die Religionsfreiheit garantierte. Die Kirche hingegen hoffte auf konkrete Zugeständnisse und ein Ende der Schikanen.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> Für eine ausführliche Analyse des Kriegsrechts und der Repressionen vgl. u. a. Andrzej Paczkowski, *Wojna polsko-jaruzelska. Stan wojenny w Polsce 13 XII 1981-22 VII 1983* [Der Krieg zwischen Polen und Jaruzelski. Das Kriegsrecht in Polen 13.12.1981-22.7.1983], Warszawa 2006.

<sup>40</sup> Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 310 f.

<sup>41</sup> Weil, *Verhandelte Demokratisierung*, S. 27.

<sup>42</sup> Armin Boyens, *Gespräche im Schaufenster: Das Gipfeltreffen zwischen Honecker und den evangelischen Kirchenführern der DDR vom 6. März 1978*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 2/1994, S. 211-223.

Gegenstand der Gespräche waren zehn Themenbereiche, dazu zählten unter anderem der Bau von Kirchen, die Pastoral- und Bildungsarbeit, die Möglichkeit wirtschaftlicher Tätigkeiten sowie kirchlicher Verlage.<sup>43</sup> Für das Versprechen, nicht in Konfrontation zum Staat zu gehen, erwirkte die evangelische Kirche einige staatliche Zugeständnisse wie einen beschränkten Zugang zu den Medien, die Möglichkeit der Seelsorge im Strafvollzug und die finanzielle Unterstützung der evangelischen Kindergärten.<sup>44</sup> Es sollte jedoch erwähnt werden, dass diese Gespräche die Beziehungen zwischen dem Staat und der lutherischen Kirche nicht völlig entschärften. Sie bedeuteten auch nicht das Ende der Schikanen, die unter anderem im Bildungsbereich andauerten. Die Vereinbarungen entpuppten sich daher als Scheinlösung einiger Konflikte, die es der SED ermöglichte, sich nach außen als Partei des Kompromisses zu präsentieren.<sup>45</sup> Daraus lässt sich schließen, dass die Gespräche seitens der SED-Führung von Anfang an nicht mit ehrlichen Absichten geführt wurden.

Das Treffen vom März 1978 hatte definitiv einen anderen Charakter als die oben erwähnten polnischen Verhandlungen im Dezember 1970 und August 1980. Auch der Status der Beteiligten war von Grund auf unterschiedlich. In Polen sprach die Staatsmacht mit Vertretern der Streikenden. In der DDR dagegen nahmen an den Gesprächen mit der Staatspartei Vertreter der evangelischen Kirche, einer offiziellen Organisation, teil. Während in Polen die wirtschaftliche Situation und die sozialen Proteste die Staatsmacht zum Dialog zwangen, war es in der DDR die Parteispitze, die zum Gespräch einlud und auf diese Weise ihre innen- und außenpolitischen Interessen verfolgte. Auch der Umfang der Gespräche selbst war recht unterschiedlich. Während der Streiks, die zur Gründung der „Solidarność“ führten, dauerten die Verhandlungsrunden mehrere Tage. Die Ostberliner Gespräche spielten sich an einem Tag in nur wenigen Stunden ab und hatten den Charakter einer „Audienz“, bei der Honecker die Bischöfe empfing.<sup>46</sup>

Trotz dieser Unterschiede können auch Gemeinsamkeiten in den Verhandlungserfahrungen auf beiden Seiten der Oder festgestellt

<sup>43</sup> Ebd. S. 224.

<sup>44</sup> Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 311.

<sup>45</sup> Ebd. S. 311 f.

<sup>46</sup> Boyens, *Gespräche im Schaufenster*, S. 224.

werden. Im August 1980 formulierten die Demonstrierenden ihre Forderungen innerhalb des in der VRP geltenden Rechtsrahmens und der für die Staatsmacht verbindlichen internationalen Abkommen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Streikenden versuchten, Zugeständnisse innerhalb der bestehenden politischen Ordnung zu bewirken. Ähnlich in der DDR, wo die evangelische Kirche konkrete Leistungen und die Achtung ihrer Rechte von der Staatspartei einforderte. Sowohl in Polen als auch in der DDR waren die Staatsvertreter bestrebt, so wenig Zugeständnisse wie möglich zu machen und die Gegenseite in die bestehende Ordnung einzubinden.

Die Verhandlungserfahrungen der jeweiligen Staatsparteien und der unabhängigen Gruppierungen in den beiden Ländern verdeutlichen die großen Unterschiede. In der DDR waren die Verhandlungstraditionen rudimentär, die Gespräche waren eine eintägige Episode, in der der Staat versuchte, seine politischen Ziele zu realisieren. In Polen hingegen zwangen die politische Unzufriedenheit und die Proteste der Bevölkerung die Machthaber zu Zugeständnissen, die aber im Nachgang auf dramatische Weise gebrochen wurden, was in der Einführung des Kriegsrechts und dem Verbot der „Solidarność“ gipfelte.

Für die Zeit vor 1989 kann daher schwerlich gesagt werden, dass es vielversprechende Beispiele für Verhandlungen und Kompromisse gab, auf die sich die Dissidentenkreise in beiden Ländern berufen konnten. Obwohl durch die Erfahrungen des Kriegsrechts infrage gestellt, entwickelten sich die Ereignisse vom August 1980 in Polen zu einem Mythos. Die Gespräche vom 6. März 1978 in der DDR können nicht als ebenbürtige Erfahrung gesehen werden.

Es ist unmöglich, die Ursprünge der Runden Tische in Polen und der DDR zu diskutieren, ohne die internationale Situation in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu berücksichtigen. Insbesondere die Politik der Perestrojka und Glasnost (Umbau und Transparenz), die von Michail Sergeewiĉ Gorbaĉev, dem Ersten Sekretär des ZK der UdSSR, ab 1985 eingeführt wurde. Wie Jadwiga Staniszkis feststellte, eröffnete sie „den Völkern der mitteleuropäischen Satellitenstaaten einen politischen Handlungsspielraum und bedeutete für die regionalen Machthaber einen plötzlichen Kos-

tenanstieg, um (ohne das Schreckgespenst aus Moskau) an der Macht zu bleiben.<sup>47</sup>

Am 26. April 1985, als das Protokoll zur Verlängerung des Warschauer Pakts in Moskau unterzeichnet wurde, erklärte Gorbačëv, dass die „Bruderparteien“ ihre Politik selbstständig bestimmen und fortan für ihre Völker verantwortlich sein sollten.<sup>48</sup> Diese Worte läuteten zumindest eine teilweise Abkehr von der Breschnew-Doktrin ein, auch wenn sie natürlich nicht den direkten Verzicht der UdSSR auf die Einflusssphäre in Mittel- und Osteuropa bedeuteten. Es ist schwierig, sowohl die Grenzen der Experimente, die aus Moskauer Sicht akzeptabel waren, als auch den Zeitpunkt klar zu benennen, an dem die Machteliten der UdSSR den Satellitenstaaten erlaubten, das politische und wirtschaftliche System nach sowjetischem Vorbild aufzugeben. Es war sicherlich ein langjähriger Prozess, der sich durch die gesamte zweite Hälfte der 1980er Jahre zog.<sup>49</sup> Die Reformversuche in der UdSSR und anderen Ländern des sogenannten Ostblocks waren einerseits mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, andererseits mit einer ideologischen Krise und Zweifeln innerhalb der politischen Eliten in der Sowjetunion verbunden. Das bedeutete, dass sich ein gewisser Spielraum für einen Systemwandel „von oben“ eröffnete.<sup>50</sup>

Die Veränderungen in der UdSSR schufen sowohl für die Regierungen als auch für die Oppositionen in Polen und der DDR neue Handlungsmöglichkeiten. In der sich wandelnden Gemengelage verfolgten General Wojciech Jaruzelski und Erich Honecker jedoch unterschiedliche Strategien. Die Staatsführung in Warschau versuchte zunächst, begrenzte Reformen und eine kontrollierte Liberalisierung durchzuführen, wobei sie dabei die Opposition außen vor ließ. Dieser seit Herbst 1986 eingeschlagene Kurs wurde Plan 87 genannt. Laut Paweł Kowal bestand er darin, der Machtelite um Jaruzelski durch die Freilassung politischer Häftlinge und die Einfüh-

<sup>47</sup> Jadwiga Staniszkis, „*Rewolucja wojskowa*” a koniec komunizmu [Die „Militärrevolution“ und das Ende des Kommunismus], in: Marek Andrzejewski u. a. (Hg.), *Od wojny do wolności. Wybuch i konsekwencje II wojny światowej* [Vom Krieg zur Freiheit. Ausbruch und Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs], Gdańsk 2010, S. 174 f.

<sup>48</sup> Dudek, *Reglamentowana rewolucja*, S. 21.

<sup>49</sup> Ebd. S. 21-28.

<sup>50</sup> Jason Sharman, *Repressions and resistance in communist Europe*, Routledge 2004, S. 128.

rung politischer Veränderungen ein Minimum an Glaubwürdigkeit zu sichern. Obwohl die Reformstrategie die „Solidarność“ ausschloss, wurde die Bildung von Institutionen nach demokratischem Vorbild forciert, so unter anderem die Benennung eines/einer Bürgerbeauftragten im Jahr 1987. Ein weiteres Beispiel für diese Strategie war die Gründung des Konsultativrates beim Vorsitzenden des Staatsrates bereits im Herbst 1986. Er setzte sich zum Teil aus Parteilosen zusammen, die nicht direkt mit der Staatsmacht in Verbindung standen. Bei dem neuen Rat handelte es sich jedoch um eine Scheininstitution, die von einigen der oppositionsnahen Aktivisten sowie Kirchenvertretern boykottiert wurde. Im Gegenzug erhoffte sich Warschau die Aufhebung der seit dem Kriegsrecht bestehenden Wirtschaftssanktionen, die durch westliche Länder, insbesondere die USA, verhängt worden waren.<sup>51</sup>

Die Regierenden in der DDR schlugen einen anderen Weg ein. Der Perestrojka begegneten sie mit Misstrauen, wenn nicht gar mit offener Feindseligkeit, und nahmen sie als Bedrohung des Status quo wahr. 1987 entließ Honecker den Geheimdienstchef Markus Wolf, der als Befürworter des Wandels galt. Auch die sowjetische Zeitschrift *Sputnik*, die über die Reformen in der UdSSR berichtete, wurde im deutschen „Bruderstaat“ aus dem Vertrieb genommen.<sup>52</sup> Mit seiner Haltung sorgte Honecker auch in Moskau für Ärger: Während er aus seiner Reformabneigung keinen Hehl machte, nahm er zur Rettung der ostdeutschen Wirtschaft Kredite in der BRD auf.<sup>53</sup> Schon 1987 führte der KGB-Chef Vladimir Aleksandrovič Krjučkov in der DDR geheime Gespräche über Honeckers mögliche Nachfolge. Ein Hinweis darauf, wie schlecht die Bilanz des SED-Vorsitzenden in Moskau ausfiel.<sup>54</sup>

Diese Tatsachen führen, verglichen mit den polnischen Verhältnissen, die völlig unterschiedliche Ausgangssituation in der DDR vor den Verhandlungen zwischen der Staatsmacht und der Opposition vor Augen. Während man im Falle Polens von einem allmählichen

<sup>51</sup> Kowal, *Koniec systemu*, u. a. S. 89.

<sup>52</sup> Aleksander Gubrynowicz, *NRD – przegrana rewolucja?* [DDR – eine verlorene Revolution?], in: Adam Burakowski u. a. (Hg.), 1989. *Jesień Narodów* [1989. Herbst der Völker], Warszawa 2009, S. 114; Wojciech Pięciak, *Jak obalono mur. Niemcy 1988-1996* [Wie die Mauer gefallen ist. Deutschland 1988-1996], Kraków 1996, S. 43.

<sup>53</sup> Robert Service, *The End of the Cold War 1985-1991*, London 2015, u. a. S. 314.

<sup>54</sup> Jaskułowski, *Ostatnie miesiące NRD*, S. 28.

Liberalisierungsprozess sprechen kann, auch wenn dieser zunächst ohne die Beteiligung der Opposition stattfand, verblieb für Honecker und dessen Getreue jeder Gedanke an Liberalisierung außerhalb der politischen Vorstellungskraft. Der Dogmatismus der SED-Führung trat am 7. Oktober 1989 bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR deutlich zutage. Das Treffen des angereisten Michail Gorbacëv mit den DDR-Granden fasste dessen Pressesprecher Gennadi Ivanovič Gerasimov in einem inzwischen legendären Satz zusammen, der seither in seiner deutschen Übersetzung oft Gorbacëv zugeschrieben wird: „Those who are late will be punished by life itself.“<sup>55</sup> Die Feierlichkeiten wurden auf der Straße von Sprechchören „Gorbi, hilf uns!“ begleitet.<sup>56</sup> Am selben Tag drängte Gorbacëv bei einem Treffen mit Mitgliedern des ZK der SED auf Reformen und warnte, dass eine Regierung, die die Probleme ignoriere, zum Scheitern verurteilt sei. Dieser Appell stieß jedoch nicht auf Verständnis bei der noch regierenden Parteiführung der DDR.<sup>57</sup> Aufgrund des vorherrschenden Dogmatismus gab es seitens der Staatsmacht bis zum Herbst 1989 keinen Raum für Gespräche oder Zugeständnisse.

Ebenfalls was die oppositionellen Gruppierungen in Polen und der DDR betrifft, sind immense Unterschiede feststellbar. In Polen überlebte die „Solidarność“-Opposition im Untergrund – trotz Kriegsrecht, Repressionen und einer Emigrationswelle. Durch den hohen Grad an Selbstorganisation kann man in Polen zu dieser Zeit von einer Untergrundgesellschaft sprechen. Mit der Unterstützung der katholischen Kirche entstanden unter anderem viele unabhängige Kulturinitiativen, Hilfsaktionen für politische Gefangene und deren Familien sowie eine unabhängige Verlagslandschaft.<sup>58</sup>

<sup>55</sup> Gorbacëv selbst sagte am 7. Oktober „Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“ Dies wurde auf der Pressekonferenz am selben Tag von seinem Sprecher Gerasimov in den legendären Satz übertragen, vgl. u. a. Ulla Plog, „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, in: FAS, 3.10.2004, oder Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte II. Vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, 2. durchg. Aufl., München 2020, S. 501.

<sup>56</sup> Ulrich K. Preuss, *The Roundtable Talks in the German Democratic Republic*, in: Jon Elster (Hg.), *The Round Table Talks and the Breakdown of Communism*, Chicago 1996, S. 102.

<sup>57</sup> *Document No. 88. Record of Conversation between Mikchail Gorbachev and Members of the CC SED Politburo*, in: Svetlana Saranskaya u. a. (Hg.), *Masterpieces of History. The Peaceful End of the Cold War in Europe*, Budapest 2010, S. 544-546.

<sup>58</sup> Ekiert, *The State Against Society*, S. 268-270.

Die Führung der Untergrund-„Solidarność“, die konsequent auf gewaltfreie Methoden setzte, sandte zahlreiche Signale aus, in denen die Notwendigkeit von Gesprächen betont wurde. Sie sind beispielsweise in der Rede Lech Wałęsas zu finden, die von seiner Frau Danuta anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises am 11. Dezember 1983 verlesen wurde.<sup>59</sup> Die Forderung nach Gesprächen findet sich auch in einer 1985 von „Solidarność“-nahen Experten veröffentlichten Studie mit dem Titel *Polska 5 lat po sierpniu* (Polen 5 Jahre nach dem August) und dem im Untergrund erschienenen Buch *Takie czasy... Rzecz o kompromisie* (So sind die Zeiten... Einige Worte über den Kompromiss) von Adam Michnik, der darin die Möglichkeit einer Einigung zwischen der Staatspartei und der „Solidarność“ analysierte.<sup>60</sup>

Der entscheidende Unterschied war jedoch die soziale Basis der Opposition. Im Gegensatz zu Polen konzentrierten sich die Aktivitäten der Dissidentinnen und Dissidenten in der DDR auf überschaubare intellektuelle Kreise. Anders als während der ersten „Solidarność“ gab es keine gemeinsamen Aktionen von Intellektuellen und anderen Berufsgruppen, vor allem Arbeiterinnen und Arbeitern.<sup>61</sup> Ferner bildete sich erst im Januar 1986 eine institutionalisierte Opposition in Form der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) heraus. Doch weder bei dieser Organisation noch bei den sonstigen Gruppen, die sich um die evangelische Kirche zusammenfanden, waren Gespräche mit der Regierung das Ziel oder ein Teil ihrer Programmatik. Vielmehr konzentrierten sie sich

<sup>59</sup> Konkret geht es um den folgenden Satz: „Trotz allem, was in meinem Land seit zwei Jahren geschieht, bin ich weiterhin der Auffassung, dass wir auf Verständigung angewiesen sind, dass die schwierigen Probleme der Lage in Polen nur auf dem Wege eines wirklichen Dialogs zwischen den Herrschenden und der Gesellschaft gelöst werden können.“ Polnisches Original und englische Übersetzung siehe <https://www.nobelprize.org/priz> (26.7.2020). Deutsche Übersetzung wurde entnommen aus: <https://www.dissidenten.eu/laender/polen/biografien/lech-walesa/lech-walesa-teil-2> (25.01.2021), sie stammt von Gero Lietz.

<sup>60</sup> Siehe: *Raport: Polska 5 lat po sierpniu* [Polen 5 Jahre nach dem August], Londyn 1986; Adam Michnik, *Takie czasy ... rzecz o kompromisie* [So sind die Zeiten ... Einige Worte über den Kompromiss], Londyn 1985. Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass Michnik jahrelang ein Anhänger des evolutionären Übergangmodells vom Autoritarismus zur Demokratie war, wie es beispielsweise in Spanien nach dem Tod General Francos erfolgt ist, siehe Cyril Bouyeure, *Adam Michnik. Biografia. Wymyślić to co polityczne* [Adam Michnik. Biografie. Ausdenken, was politisch ist], Kraków 2009, S. 176, 280.

<sup>61</sup> Zarczyny, *Opozycja w PRL i NRD*, S. 67.

auf die Verteidigung und die Erweiterung des Bürgerrechtskatalogs in der DDR.<sup>62</sup> So ähnelte die Opposition in der DDR vor 1989 hinsichtlich ihres gesellschaftlichen Einflusses und ihres intellektuellen Profils viel mehr der Opposition in Polen vor August 1980, die sich im Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników, KOR) oder der Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (Ruch Obrony Prawa Człowieka i Obywatela, ROPCiO) engagierte, und weniger einer sozialen Bewegung wie der „Solidarność“.

### **Zeit als entscheidender Faktor. Entstehung und Verlauf der Runden Tische**

Der Weg zu den Verhandlungen der Staatsmacht mit der Opposition dauerte in der VRP ungleich länger als in der DDR. Dies betraf sowohl den Prozess der Entscheidungsfindung zur Aufnahme der Gespräche als auch die Verhandlungen im Vorfeld der eigentlichen Gespräche. Um das Ausmaß dieser Unterschiede zu erfassen, lohnt es sich, im Folgenden die Chronologie der Ereignisse auf beiden Seiten der Oder zu skizzieren, die im Endeffekt zu den Runden Tischen in Warschau und Ost-Berlin führten.

Nach dem Misserfolg der Liberalisierung von oben kam es 1988 an der Weichsel zum Durchbruch. Im Februar wurde in der legal erscheinenden Zeitschrift *Konfrontacje* (Konfrontationen) ein Interview mit Bronisław Geremek veröffentlicht. In diesem Interview schlug Geremek einen Anti-Krisen-Pakt zwischen der Regierung und den gesellschaftlichen Kräften vor. Geremek's Vision sah *de facto* einen begrenzten institutionellen Pluralismus vor, in dem die Vorherrschaft der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in den Bereichen Verteidigung, Polizei- und Sicherheitsdienste, Außenpolitik und Zentralverwaltung erhalten bleiben, aber gleichzeitig die Vereinigungsfreiheit, die Bildung von Gewerkschaften und sozialen Organisationen legalisiert werden sollten.<sup>63</sup> Von nun an wurde die Idee eines Anti-Krisen-Pakts auch von einigen Regimevertretern aufgegriffen, was ein Beweis für eine allmähliche Veränderung des politischen Klimas in Polen war.<sup>64</sup>

<sup>62</sup> Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 599.

<sup>63</sup> Skórzyński, *Okrągły Stół*, S. 86-88.

<sup>64</sup> Ost, *Solidarność a polityka*, S. 274

Eine wichtige Zäsur auf dem Weg zu den Gesprächen am Runden Tisch in Warschau waren zwei Streikwellen: Die erste fand von April bis Mai 1988 statt, die zweite folgte im August desselben Jahres. Ihre Ausmaße überraschten sowohl die Staatsvertreter als auch die Führung der „Solidarność“. Eine der Hauptforderungen der Streikenden war die erneute Legalisierung der im Dezember 1981 verbotenen Gewerkschaft.<sup>65</sup> An den Protesten nahmen allerdings oft junge Arbeiterinnen und Arbeiter teil, die sich nicht an die erste „Solidarność“ vom August 1980 erinnern konnten. Dadurch setzte der Verlauf der Ereignisse sowohl die Staatsmacht als auch einen Teil der „Solidarność“-Anführer, besonders Lech Wałęsa, unter Druck. Es sei daran erinnert, dass die jungen Demonstrierenden radikaler als die Aktivistinnen und Aktivisten von 1980 waren, die ja das Gespräch mit den Regierenden suchten. Ähnlich positionierten sich auch Oppositionsgruppierungen wie der Bund der kämpfenden Jugend (*Federacja Młodzieży Walczącej*), die der „Solidarność“-Bewegung nahestanden, ihrerseits aber von der älteren Generation der Oppositionellen, also Lech Wałęsa und dessen Beraterkreis, skeptisch gesehen wurden.<sup>66</sup>

Dadurch kam es, David Ost zufolge, zu einer paradoxen Situation. Einerseits erschien eine mögliche Einigung mit den Staatsvertretern aus der Sicht der Opposition 1988 einfacher als 1980, da sowohl die Partei als auch die Opposition über die Jahre dazugelernt hatten und flexibler sowie kompromissbereiter geworden waren. Andererseits wurde eine Einigung schwieriger, weil die „Solidarność“ inzwischen nicht mehr so homogen war.<sup>67</sup>

Wie schon eingangs erwähnt, machte General Kiszczak der Opposition am 26. August 1988 für die Gespräche am Runden Tisch einen öffentlichen Vorschlag. Im Gegenzug beschloss Lech Wałęsa die Streiks zu beenden, was neben Wohlwollen auch einigen Unmut hervorrief.<sup>68</sup> Damit begann eine mehrmonatige Phase geheimer Verhandlungen zwischen Vertretern des Staates und den Anführern der „Solidarność“, die in Gegenwart von Vertretern des Episkopats geführt wurden. Die Treffen wurden in Warschau

<sup>65</sup> Kenney, *A Carnival*, S. 234-238.

<sup>66</sup> Kirsten Gerland, *Politische Jugend im Umbruch von 1988/89. Generationelle Dynamik in der DDR und der Volksrepublik Polen*, Göttingen 2016, u. a. S. 268.

<sup>67</sup> Ost, *Solidarność a polityka*, S. 273.

<sup>68</sup> Skórzyński, *Rewolucja Okrągłego ...*, S. 143 und 150.

und im Konferenzzentrum des Innenministeriums in der Ortschaft Magdalenka unweit der Hauptstadt abgehalten. Diskutiert wurde sowohl über Personalfragen als auch über Mindestbedingungen einer für beide Seiten akzeptablen Vereinbarung.<sup>69</sup>

Die Gespräche in Magdalenka standen mehrfach kurz vor dem Aus. Ein Ausweg bot sich erst dank einer Fernsehdebatte Ende November 1988, in der Lech Wałęsa den Vorsitzenden des staatlichen Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverbands, Alfred Miodowicz, bezwingen konnte. Auf dem X. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei im Dezember und Januar 1988/89 gelang es General Jaruzelski, den Widerstand derjenigen zu brechen, die gegen die Gespräche mit der „Solidarność“ waren.<sup>70</sup> Innerhalb der „Solidarność“ wiederum stellten einige Aktivisten Wałęsas Position infrage. Junge, radikale Arbeiter warfen ihm gar vor, die Ideale der Bewegung zu verraten, wenn er sich an den Runden Tisch setzen würde.<sup>71</sup>

Im Januar 1989 schlossen beide Seiten bei den Gesprächen in Magdalenka, um es mit Jan Skórzyńskis Worten zu sagen, einen „Vorvertrag“. Dabei garantierte die Staatsmacht eine schnelle Legalisierung der „Solidarność“, und die Opposition verpflichtete sich, den vereinbarten Verfassungsänderungen zuzustimmen und an den Wahlen zum Sejm teilzunehmen.<sup>72</sup>

Kurz vor den Gesprächen am Runden Tisch war die Stimmung in Polen von Müdigkeit und Entmutigung geprägt. Laut der heute bekannten, damals aber geheimen Umfrageergebnisse des Zentrums für Meinungsforschung (Centrum Badania Opinii Społecznej, CBOS) betrachtete die Mehrheit der Gesellschaft die Regierungspartei als eine Organisation, die sich nicht mit den Problemen der gewöhnlichen Menschen befasste. Die meisten Befragten sprachen sich für irgendeine Zusammenarbeit zwischen der PZPR und der „Solidarność“ aus. 27 Prozent waren definitiv für eine solche

<sup>69</sup> Ebd. S. 165.

<sup>70</sup> Aleksander Łuczak, *Dekada polskich przemian. Studium władzy i opozycji* [Das Jahrzehnt der Veränderungen in Polen. Eine Studie über das Regime und die Opposition], Warszawa 2012, S. 657-670. Die Debatte zwischen Lech Wałęsa und Alfred Miodowicz führte zudem zu einer Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung, die sich in einem beträchtlichen Anstieg der Zahl jener Menschen manifestierte, die eine Legalisierung der „Solidarność“ befürworteten.

<sup>71</sup> Ost, *Solidarność a polityka*, S. 314 f.

<sup>72</sup> Skórzyński, *Okrągły Stół*, S. 225.

Zusammenarbeit, während weitere 29 Prozent angaben, dass Änderungen sowohl in der Regierungspartei als auch bei der „Solidarność“ nötig seien, damit eine Zusammenarbeit stattfinden könne. Lediglich 10 Prozent der Befragten sprachen sich gegen eine Zusammenarbeit beider Lager aus. Es ist sicherlich schwierig, die Situation in Polen kurz vor den Gesprächen am Runden Tisch als „revolutionär“ zu bezeichnen.<sup>73</sup> Obwohl erst die zwei Streikwellen im Frühjahr und Sommer 1988 Gespräche ermöglichten, erlaubte der fehlende gesellschaftliche Druck und das Ausbleiben von Straßenprotesten langwierige Vorbereitungsgespräche, die zu einem Vorvertrag führten, der die Rahmenbedingungen der weiteren Verhandlungen festlegte.

Unter Berücksichtigung der Position der PZPR sowie der Untergrund-„Solidarność“ entsprach der Weg zum Runden Tisch einem langwierigen Prozess, der mehrere Jahre dauerte. Man kann diesen Prozess als Ergebnis jahrelanger Proteste, der Arbeit der Opposition im Untergrund und der Erfahrungen der „Solidarność“ ansehen, die trotz des Kriegsrechts und der Zahl jener Menschen Konsequenzen die 1980er Jahre überdauerte.<sup>74</sup> Aufseiten der Staatsmacht zählen der wirtschaftliche Zusammenbruch und das Scheitern der Top-down-Reformen zu den zentralen Faktoren<sup>75</sup>, wobei die Anführer der „Solidarność“ Jaruzelski und die politische Führung des Landes seit Jahren aufforderten, in einen Dialog mit der Gesellschaft zu treten.

Vergleicht man die Entstehungsgeschichte des Runden Tisches in der DDR mit der Entwicklung in Polen, fallen einige wesentliche Unterschiede auf. Die größten betreffen den zeitlichen Ablauf und die Reihenfolge der Ereignisse. Seit Beginn des Jahres 1989 stieg die gesellschaftliche Unzufriedenheit in Ostdeutschland, begleitet von wirtschaftlichen Problemen, rasant an. Von großer Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse war die durch oppositionelle Gruppen organisierte Aktion zur Beobachtung der Kommunalwahlen vom 7. Mai, bei der zahlreiche Fälschungen aufgedeckt werden konnten. Die Aktion bot zudem eine Gelegenheit, über

<sup>73</sup> Mehr zur politischen Selbstbestimmung der Polinnen und Polen an der Schwelle zur Systemtransformation siehe im Aufsatz von Michał Przepierski in diesem Band.

<sup>74</sup> Kenney, *A Carnival*, S. 250.

<sup>75</sup> Für eine Analyse des wirtschaftlich-industriellen Aspekts der polnischen Transformation siehe den Beitrag von Florian Peters in diesem Band.

die institutionelle Gestaltung der oppositionellen Aktivitäten zu diskutieren.<sup>76</sup>

Erst im Herbst 1989 zwangen die rasanten Entwicklungen und das Ausmaß der Proteste die Dissidentinnen und Dissidenten dazu, institutionalisierte Strukturen aufzubauen.<sup>77</sup> Zur gleichen Zeit gingen die Demonstrationen im Land weiter und zogen immer mehr Menschen an. Parallel wurde die Fluchtwelle aus der DDR immer größer.<sup>78</sup>

Am 11. Oktober kam es unter dem Druck der in Leipzig stattfindenden Massenproteste zu einem Wandel in der Staatsführung. Im Zuge dessen wurde Erich Honecker von Egon Krenz abgelöst und Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ernannt. Der neue Erste Sekretär kündigte Änderungen nach dem Vorbild des sowjetischen „neuen Denkens“ an. Die Partei und vor allem ihr Apparat vor Ort waren jedoch nicht in der Lage, einen wirklichen Dialog mit der Gesellschaft zu führen. Krenz und seine Leute schlossen außerdem die Legalisierung der Opposition kategorisch aus.<sup>79</sup>

Ab dem 4. Oktober 1989 versuchten Dissidentengruppen, ihre Aktivitäten innerhalb der sogenannten Kontaktgruppe zu koordinieren.<sup>80</sup> Anfang November kam es zu einem Treffen von Vertreterinnen und Vertretern der Kontaktgruppe mit einer Delegation aus dem Ministerium des Inneren. Dabei stellten die Dissidentinnen und Dissidenten die Forderung nach einer unabhängigen Sonderkommission zur Untersuchung von Rechtsverstößen der DDR-Machthaber auf. Diese Kommission sollte sehr weitreichende Kompetenzen erhalten, einschließlich Untersuchungsbefugnissen und der Kontrolle des Ministerrates mit der Möglichkeit, dessen Entscheidungen auszusetzen.<sup>81</sup> Die Staatsmacht konnte sich selbst-

<sup>76</sup> Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 812 f.

<sup>77</sup> Am 9. September 1989 gründeten Vertreterinnen und Vertreter oppositioneller Kräfte das Neue Forum, das zu einer der wichtigsten Oppositionsorganisationen wurde. Am 12. September wurde Demokratie Jetzt und am 1. Oktober der Demokratische Aufbruch gegründet, der in seinem Programm Forderungen nach Demokratisierung mit der Vision eines wirtschaftlichen „Dritten Weges“ verband. Eine Woche später entstand die Sozialdemokratische Partei der DDR, siehe Jaskułowski, *Ostatni rok NRD*, S. 64.

<sup>78</sup> Kenney, *A. Carnival*, S. 278 f.

<sup>79</sup> Gubrynowicz, *NRD – przegrana*, u. a. S. 138.

<sup>80</sup> Weil, *Die Runden Tische*, S. 17.

<sup>81</sup> Jaskułowski, *Ostatnie miesiące*, S. 66.

verständlich nicht darauf einlassen, weil dies *de facto* auf ihre „Entmachtung“ hinausgelaufen wäre.

Die ersten Novembertage brachten ein Ereignis mit sich, das alles veränderte. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, und die Ostdeutschen bekamen die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen. Nur einen Tag später gab die Kontaktgruppe die *Gemeinsame Erklärung* heraus, in der sie den Staatsapparat aufforderte, Gespräche am Runden Tisch aufzunehmen. Am 23. November veröffentlichte das *Neue Deutschland* einen Artikel, in dem fälschlicherweise behauptet wurde, die Idee zu den Verhandlungen stamme aus Regierungskreisen.<sup>82</sup> Tatsächlich war die Opposition die treibende Kraft und schlug im Angesicht des Zusammenbruchs der Machtstrukturen und der instabilen Lage des Landes den Regierenden Gespräche vor, die zum Runden Tisch in Ost-Berlin führten.<sup>83</sup>

Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche in der DDR begrüßten die Initiative zur Durchführung des Runden Tisches. Am 24. November bat die Kontaktgruppe das Sekretariat der Berliner Bischofskonferenz und den Bund der Evangelischen Kirchen offiziell um technische Unterstützung bei der Organisation der Verhandlungen sowie um Vermittlung bei der Einladung von Mitgliedern, die mit der Regierung verbunden waren. Schließlich sollten die Geistlichen die Gespräche leiten.<sup>84</sup> Nach kurzen Vorbereitungsgesprächen kamen beide Seiten am 7. Dezember 1989 zum Zentralen Runden Tisch zusammen.

Die Rolle des Klerus stellt einen gewissen Unterschied im Vergleich zum polnischen Fall dar. In Polen nahmen Vertreter des Episkopats zwar an den vorbereitenden Gesprächen teil, aber ihre Rolle als Vermittler war eine andere. In der DDR beteiligte sich die katholische und die evangelische Kirche nicht nur aktiv an der Einladung der Verhandlungsparteien. Die Kirchenvertreter Karl-Heinz-Ducke, Martin Lange und Martin Ziegler übernahmen zudem, anders als in Polen, während der Beratungen die wichtige Rolle der Moderation.

<sup>82</sup> Politbüro: *Für Dialog am „Runden Tisch“*, in: *Neues Deutschland*, 23.11.1989, S. 1 f.

<sup>83</sup> Weil, *Die Runden Tische*, S. 8.

<sup>84</sup> Jaskułowski, *Pokojowa rewolucja*, S. 274 f.

Der skizzierte Verlauf weist auf einen weiteren Unterschied zwischen der Situation in Polen und der DDR vor Beginn der Gespräche hin. In Ostdeutschland war es angesichts des Zusammenbruchs des SED-Staates die Opposition, die, um das Land vor Chaos und drohender Gewalt zu bewahren, der Staatsmacht gewissermaßen die Hand reichte und so versuchte, einen evolutionären und friedlichen Wandel im Land zu ermöglichen. In Polen kam die Initiative für den Runden Tisch, wie wir wissen, von der Staatsführung, die glaubte, noch genügend Mittel in der Hand zu haben, um einen Teil der Opposition in das bestehende politische System einzubeziehen und so die Kontrolle über die Situation zu behalten. Hierin besteht möglicherweise der größte, der fundamentale Unterschied.

Zudem sollten die Verhandlungen in den beiden Ländern im Lichte der internationalen Gemengelage gesehen werden. Während dem polnischen Runden Tisch eine Vorreiterrolle zukam, fanden die Beratungen in der DDR bereits nach den politischen Veränderungen in Polen und Ungarn sowie der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei statt. Als sich die beiden Seiten des Verhandlungsprozesses in der DDR zu Beratungen zusammensetzten, wurde Polen bereits seit drei Monaten vom Kabinett des Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki regiert, ein Programm schrittweiser politischer Reformen eingeleitet und eine radikale Wirtschaftsreform vorbereitet, die nach dem Namen des damaligen Finanzministers als Balcerowicz-Plan bekannt wurde.

Kurz vor Beginn der Beratungen in Ost-Berlin erlangte das politische Engagement der ostdeutschen Gesellschaft ein neues Niveau, das die Richtung der Gespräche mitbestimmte. Seit Anfang Dezember 1989 fanden Aktionen statt, bei denen die Bezirksstellen des Ministeriums für Staatssicherheit besetzt wurden. Zweck der Aktion war es, die Akten vor Zerstörung zu schützen. Dies war sowohl ein Zeichen für die Entschlossenheit und Radikalisierung der „Straße“ als auch für die Hilflosigkeit und den Zerfall staatlicher Strukturen.<sup>85</sup>

Verglichen mit Polen gestaltete sich der Verlauf der Ereignisse in der DDR sehr viel dynamischer. Dies verhinderte vor den Gesprächen einen stufenweisen Annäherungsprozess der Positionen und

<sup>85</sup> Gubrynowicz, *NRD – przegrana*, S. 153.

den Abbau psychologischer Barrieren. Beide Seiten handelten in Zeitnot, insbesondere unter dem Druck der Straßenproteste und des Zerfalls staatlicher Strukturen. Das rasante Tempo machte es, anders als in Polen, unmöglich, langwierige Vorbereitungsgespräche zu führen oder irgendwelche Vorverträge abzuschließen.

Der Zeitfaktor blieb nicht ohne Einfluss auf den Verlauf und vor allem auf die Ergebnisse der Beratungen in Warschau und Ost-Berlin. Die Verhandlungen in Polen führten zu teilweise freien Wahlen für das Unterhaus (Sejm) und vollständig freien Wahlen für das reaktivierte Oberhaus (Senat). Eine solche Konstruktion des Parlaments, einschließlich des Präsidentenamtes, das mit starken Kompetenzen ausgestattet wurde und von General Jaruzelski übernommen werden sollte, bedeutete, dass der am Runden Tisch begonnene Demokratisierungsprozess bis zu den nächsten Parlamentswahlen andauern würde.<sup>86</sup> Um es nochmals zu unterstreichen: Im Falle der DDR spielte der Zeitdruck eine wesentliche Rolle. Die Vereinbarungen des Zentralen Runden Tisches waren viel weitreichender. Sie führten zu völlig freien Wahlen der Volkskammer. Noch zuvor wurde die Auflösung der Stasi beschlossen und ein neues Verfassungsprojekt ausgearbeitet, das die DDR in einen demokratischen Staat nach dem Vorbild westlicher, liberaler Demokratien umwandeln sollte.<sup>87</sup>

### **Rezeption des polnischen Runden Tisches in der DDR durch Opposition und Staatsmacht**

Letzter Punkt bei der Analyse des polnischen und ostdeutschen Weges zu Gesprächen zwischen der Regierung und der Opposition sind die möglichen bilateralen Wechselwirkungen zwischen den Ländern und die gegenseitige Wahrnehmung der damaligen Prozesse. Unter Berücksichtigung der Chronologie der Ereignisse, der zufolge die Gespräche in Warschau viele Monate vor denen in Ost-Berlin stattfanden, stellt sich die wichtige Frage nach der Rezeption des polnischen Runden Tisches in der DDR.

Es scheint naheliegend, dass der polnische Transformationsprozess die ostdeutschen Dissidentinnen und Dissidenten inspirierte.

<sup>86</sup> Skórzyński, *Okrągły Stół*, u. a. S. 277.

<sup>87</sup> Jaskułowski, *Pokojowa rewolucja*, S. 345-349.

Informelle Kontakte zwischen Oppositionellen aus der VRP und der DDR gab es bereits seit Mitte der 1970er Jahre. Eine besondere Rolle spielten dabei Wolfgang Templin und Ludwig Mehlhorn, die der polnischen Sprache mächtig waren und Kontakte zum Kreis des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter pflegten, aus dem nach 1980 einige einflussreiche Beraterinnen und Berater der „Solidarność“ hervorgegangen waren. Es sollte jedoch erwähnt werden, dass diese Kontakte nicht besonders intensiv gewesen sind, was nicht bedeutet, dass die ostdeutsche Opposition kein Interesse an den Geschehnissen im Nachbarland gehabt hätte.<sup>88</sup>

Für den polnischen Wandel interessierten sich 1989 insbesondere Oppositionelle, die sich im September desselben Jahres in der Gruppe Demokratie Jetzt formierten, wobei in diesem Zusammenhang Ludwig Mehlhorn eine wichtige Rolle zukam. Noch im Juli 1989 forderte ebendiese Gruppe, die Erfahrungen des polnischen Runden Tisches auf die DDR zu übertragen. Seit November 1989 sprachen sich auch die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) und der Demokratische Aufbruch für die polnische Vorgehensweise aus.<sup>89</sup> Es lohnt, an dieser Stelle Markus Meckel, einen der Gründer der SDP in der DDR, zu zitieren, der sich wie folgt erinnerte: „Die Ereignisse in Polen bis zur Bekanntgabe der teilweise freien Wahlen und dem Wahlsieg der ‚Solidarność‘ waren für uns eine große Ermutigung.“<sup>90</sup> Meckel selbst sprach sich in einer Rede am 2. November in Erfurt für einen Runden Tisch „nach polnischem Vorbild“ aus, der zu freien Parlamentswahlen in der DDR führen sollte. Diese Rede ging der erwähnten Erklärung der Kontaktgruppe um mehr als eine Woche voraus.<sup>91</sup>

Ebenfalls interessant ist die Haltung der SED gegenüber den Veränderungen in Polen, insbesondere den Verhandlungen am Runden Tisch. Zweifellos verfolgte die DDR-Botschaft in Warschau die Vorbereitungen für die Gespräche am Runden Tisch und berichtete über deren Verlauf, indem sie auf eine allmähliche Annä-

<sup>88</sup> Ausführlicher siehe: Basil Kerski u.a. (Hg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990*, Osnabrück 2003.

<sup>89</sup> Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 891.

<sup>90</sup> Interview mit Markus Meckel über die Bedeutung des Mauerfalls im Jahr 2019. Eine Kopie befindet sich im Archiv des Autors. Für die Bereitstellung des polnischsprachigen Transkripts danke ich Dr. Dominik Pick.

<sup>91</sup> Markus Meckel, *Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen*, Leipzig 2020, S. 238.

herung der Positionen beider Seiten hindeutete. Im November 1988 informierte Jürgen van Zwoll als DDR-Botschafter in Polen die DDR-Führung über die Pattsituation bei den Gesprächen, zu der es zwischen Wałęsa, dessen Mitarbeitern und General Kiszczak kam, sowie über die geplante Debatte zwischen dem „Solidarność“-Anführer und Alfred Miodowicz. Dass es tatsächlich zu Gesprächen am Runden Tisch kommen würde, galt damals in absehbarer Zeit als „nicht wahrscheinlich“.<sup>92</sup>

Im Februar 1989 wurde die Eröffnung der Gespräche am Runden Tisch in Warschau von Botschafter van Zwoll als ein Mittel zum Zeitgewinn angesehen, das die Situation im Land beruhigen sollte, damit die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei notwendige und gesellschaftlich unbeliebte Wirtschaftsreformen durchführen konnte.<sup>93</sup> Laut den diplomatischen Depeschen an die DDR führte die „Solidarność“ die Verhandlungen am Runden Tisch von Beginn an mutig und beherzt und drängte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei gewissermaßen in die „Defensive“.<sup>94</sup> Diese Beurteilung des ostdeutschen Botschafters hat der ohnehin schon dogmatischen DDR-Führung die Idee eines Runden Tisches mit Sicherheit noch mehr verleidet.

Eine eigens im ZK der SED erstellte Studie verwies auf die Fehler, die die PZPR am Runden Tisch begangen habe. Nach Ansicht der Autoren dieses Papiers ist es der Opposition gelungen, bei den Verhandlungen eine Aufspaltung in die Staatspartei auf der einen Seite und die Vertreter der Gesellschaft auf der anderen Seite zu bewirken. Mehr noch: Dank der Medienpräsenz gelang es den Aktivisten der „Solidarność“ in kurzer Zeit nicht nur, ihre Popularität deutlich zu steigern, sondern auch das Erscheinungsbild der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zu beschädigen. Der Runde Tisch sei aus Ost-Berliner Sicht zu einer Einrichtung geworden, die gewissermaßen über der Regierung und dem Sejm stand und diese „entmachtete“. Laut der SED-Analytiker schadete der Runde Tisch der Staatsmacht, indem er zu einer Art Tribunal über die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei wurde, ihr Ansehen zerstörte und im Ge-

<sup>92</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, M 39, 975/09, Blitz. Van Zwoll do Berlina, 23.11.1988 [Van Zwoll nach Berlin, 23.11.1988], ohne Seitenangabe.

<sup>93</sup> Ebd., Blitz. Van Zwoll do Berlina, 7.2.1989, ohne Seitenangabe.

<sup>94</sup> Ebd., Blitz. Van Zwoll do Berlina, 17.2.1989, ohne Seitenangabe.

genzug die „Solidarność“-Opposition konsolidierte.<sup>95</sup> Während des offiziellen Besuchs von Egon Krenz in Polen verteidigte Mieczysław Rakowski, der Erste Sekretär der PZPR, das Konzept des Runden Tisches, wies aber auf zahlreiche Fehler hin, die von seiner Partei bei den Verhandlungen gemacht wurden, was der SED-Analyse entsprach.<sup>96</sup>

Aufgrund der polnischen Erfahrungen waren die Regierungskreise in der DDR gegenüber einem Format, bei dem die Regierung mit der Opposition debattierte, skeptisch eingestellt. Während die Dissidentinnen und Dissidenten in Ostdeutschland den Runden Tisch als ein sehr ermutigendes Verfahren für den stufenweisen Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie ansahen, stellte es sich aus der Perspektive der SED als äußerst riskant dar. Das Beispiel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zeigte, dass solche Verhandlungen zu einem schnellen Zusammenbruch des Herrschaftssystems führen können.

Die gegenseitige Beeinflussung von Polen und DDR im Rahmen der Runden Tische verdient es sicherlich, ausführlicher untersucht zu werden. Insbesondere die Reaktionen der ostdeutschen Gesellschaft auf die Gespräche am Runden Tisch in Polen sowie die polnischen Reaktionen auf die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition in Ost-Berlin vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 bieten ein weites Forschungsfeld.

## Fazit

Die Wege, die in Polen und Deutschland von Staatsführung und Opposition beschritten wurden, um an den Runden Tischen in Warschau und Ost-Berlin Platz zu nehmen, unterschieden sich deutlich. Es ist angemessener, von zwei eigenständigen Entstehungsgeschichten der Runden Tische zu sprechen. Dabei sollte be-

<sup>95</sup> Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen, DY 30/IV 2/2.039/317. Bd.1., *Zu einigen Problemen, die sich aus den Rund-Tische Gesprächen in Polen ergaben*, Blatt 180-182.

<sup>96</sup> Archiwum Akt Nowych w Warszawie, KC PZPR, LXXVII-55, *Informacja o roboczej wizycie w Polsce Sekretarza Generalnego KC NSPJ, Przewodniczącego Rady Państwa NRD tow. Egona Krenza* [Informationen über den Arbeitsbesuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Gen. Egon Krenz in Polen], Warszawa, November 1989, Blatt 294.

dacht werden, dass die Verhandlungstraditionen und -erfahrungen zwischen den Staatsparteien und den jeweiligen unabhängigen Kreisen diesseits und jenseits der Oder im Jahr 1989 sehr unterschiedlich waren. Während in Polen die Augustabkommen und die Entstehung der „Solidarność“ die gesamten 1980er Jahre prägten, kann im Falle der DDR nur die eintägige Episode erwähnt werden, bei der Honecker die Vertretung des Bundes der Evangelischen Kirchen zum Gespräch einlud. Dieses Treffen scheint jedoch nicht in das öffentliche Bewusstsein gedrungen zu sein und hatte keinen Einfluss auf den Verlauf der Ereignisse im Herbst 1989.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied war die Haltung der Machteliten in Warschau und Ost-Berlin zur Politik Michail Gorbatschew und den Reformen in der UdSSR. Während General Jaruzelski (weitgehend erfolglos) versuchte, in den 1980er Jahren zunächst durch das Kriegsrecht, dann mithilfe einer kontrollierten Liberalisierung der Wirtschaft zu herrschen, lehnte die SED-Führung unter Erich Honecker jede Möglichkeit der Veränderung bis zum Herbst 1989 dogmatisch ab und stand der Idee der Perestrojka ablehnend gegenüber.

Weitere äußerst wichtige Faktoren, die die Entscheidung und die Vorbereitungen für die Runden Tische in beiden Ländern beeinflussten, waren: der zeitliche Ablauf der Ereignisse und der Einfluss der Opposition. Im Fall der VRP kann man für die 1980er Jahre von einer konstanten Konfliktlinie zwischen Staatsmacht und Opposition sprechen. Seit 1981 beanspruchten General Jaruzelski und seine engsten Getreuen ununterbrochen die alleinige Macht über das Land. Auf der Seite der Opposition blieb die „Solidarność“ unter Führung von Lech Wałęsa in den Jahren 1988 und 1989 in ähnlicher Weise als die emblematische Kraft bestehen. Im Falle der DDR waren Veränderungen, die zu diesem Zeitpunkt wie verzweifelte Rettungsversuche erschienen, erst nach der Entmachtung Erich Honeckers möglich. Aufseiten der Opposition bildeten sich erst im Herbst 1989 Gruppierungen, die die Initiative ergriffen und Gespräche mit der Staatsmacht herbeiführten.

Zudem war im Falle Polens die Annäherung zwischen den Behörden und der „Solidarność“ ein langer Prozess, der nicht nur durch die internationale Situation und die Wirtschaftskrise, sondern auch durch die Streiks im Frühjahr und Sommer 1988 und die Radikalität der jungen Generation hervorgerufen wurde. Aufgrund des

Zeitdrucks und der Proteste der Bevölkerung fanden, anders als in der VRP, in der DDR keine ausführlichen und geheimen Vorbereitungsgespräche statt.

Der Faktor Zeit weist auf den wohl wichtigsten Unterschied bei der Entstehungsgeschichte der beiden Runden Tische hin, und zwar die Frage nach der Initiative, die zu den jeweiligen Gesprächen führte. In Polen waren es die Partieliten, die die Gespräche vorschlugen, um einen Teil der Opposition zu kooptieren und die Verantwortung für die notwendigen Reformen aufzuteilen. In der DDR, die sich mit einer Welle sozialer Proteste und dem Zusammenbruch staatlicher Strukturen konfrontiert sah, war es hingegen die aufkommende Opposition, die den Behörden Gespräche vorschlug, die es ermöglichen sollten, die Veränderungen im Land evolutionär und friedlich zu gestalten. Während in Polen beide Seiten Zeit hatten, vorbereitende Gespräche und Beratungen am Runden Tisch zu führen, mussten in der DDR sowohl die SED als auch die Opposition dem Verlauf der Ereignisse „hinterherlaufen“, der von den Straßenprotesten und dem Fall der Berliner Mauer dominiert wurde.

Neben den Unterschieden gab es auch Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Ländern. In erster Linie waren dies die angespannte wirtschaftliche Situation, die Schwäche des Staatsapparates sowie die Dialogbereitschaft der jeweiligen Konfliktparteien. Sowohl in der VRP als auch in der DDR befanden sich die ineffizienten zentralen Planwirtschaften vor dem Zusammenbruch. In beiden Ländern war die Rolle der Kirchen (in Polen der katholischen, in der DDR sowohl der katholischen als auch der evangelischen) bei der Vorbereitung der Beratungen äußerst hilfreich. Interessant ist zudem die Bezeichnung des Runden Tisches, die in beiden Ländern von den Beteiligten für das Verhandlungsformat bewusst gewählt wurde. Nicht zuletzt war in beiden Fällen die Bereitschaft zu Gesprächen und die Suche nach einem evolutionären Übergang in eine parlamentarische Demokratie entscheidend. Dies war ein besonderes Merkmal der Transformationsprozesse in den Ländern und, abgesehen von Rumänien, in der ganzen Region, um an dieser Stelle Ralf Dahrendorf in Erinnerung zu rufen, der 1989 als das „Annus Mirabilis“ bezeichnete.<sup>97</sup>

<sup>97</sup> Ausführlich dazu: Ralf Dahrendorf, *Betrachtungen über die Revolution in Europa*, Stuttgart 1990.

Schließlich soll noch auf eine weitere strukturelle Parallele hingewiesen werden: In beiden Ländern spielten soziale Proteste eine Schlüsselrolle. Sie stellten sowohl in Polen als auch in der DDR eine Art Veto gegen die Machthaber dar, weil die Gegner der Regierung und oppositionelle Gruppen keine andere Möglichkeit sahen, ihre Meinung zu äußern.<sup>98</sup>

Eine besonders interessante Frage, die weiterer Forschung bedarf, ist die nach der gegenseitigen Beeinflussung und der gegenseitigen Rezeption der Runden Tische durch die Machteliten in der VRP und der DDR sowie der Gesellschaften beider Länder. Es ist bekannt, dass aus Sicht der SED die Verhandlungen am Runden Tisch in Polen ein Fehler waren, der die „Solidarność“ gestärkt und die Macht der Polnischen Vereinten Arbeiterpartei geschwächt hat.

Der vorliegende Beitrag weist auf die Notwendigkeit detaillierter komparatistischer Studien hin, um sowohl die Funktionsweisen der Runden Tische als auch ihre Ursprünge und Auswirkungen auf die Verhandlungskulturen zu untersuchen. Weitere offene Fragen sind die gravierenden Unterschiede in der Konstruktion der Runden Tische, der Verlauf der Gespräche, die Frage der Moderation und der Ergebnisse sowie schließlich der Rolle der jeweiligen Verhandlungsparteien für den Verlauf der Transformation in der VRP und der DDR. Jedes einzelne dieser Forschungsdesiderate eröffnet Themenfelder für künftige vertiefende Studien.

*Aus dem Polnischen von Jakub K. Sawicki*

## **Abstract**

In my article I try to examine the genesis of the Round Table negotiations in Poland and East Germany in 1989-1990 on the basis of the existing literature and archival sources. Despite the shared name “Round Table”, there were many significant differences concerning the genesis of the negotiations between the ruling communist parties and the opposition in the two countries. These differences

---

<sup>98</sup> Armin Nassehi: *Demokratiegeneratoren? Ein soziologischer Erklärungsversuch über Protest*, in: *Die Politische Meinung*, Ausgabe 564, 28.9.2020, <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/demokratiegeneratoren> (12.2.2021).

can be observed on many levels, starting with the internal situation in both countries in the wake of 1989 – through their varied economic conditions, disproportionate political power of the opposition and dissident movements – up to different, though so close in time, political-historical context of both negotiations. Describing these historical asymmetries helps better understand spectacular changes of 1989 and their long lasting consequences.